



Wochentäglicher Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb und
Porto 2 Thlr. 11 $\frac{1}{4}$ Sgr. Insertionsgebühr für den Raum einer
fünfseitigen Zeile in Beitschrift 1 $\frac{1}{4}$ Sgr.

Nr. 62. Mittag-Ausgabe.

Sechsundvierzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Montag, den 6. Februar 1865.

Preußen.

Berlin, 4. Febr. [Amtliches.] Se. Majestät der König haben gestern Nachmittag um 3 $\frac{1}{2}$ Uhr im Allerhöchstbaren Palais dem zum Königl. italienischen außerordentlichen Gesandten und vollmächtigsten Minister am biegenen Hof ernannten Grafen De Barral de Montebaurard die Audienz zu erhalten und aus dessen Händen ein Schreiben Sr. Majestät des Königs von Italien entgegenzunehmen geruht, wodurch derselbe in der geachten Eigenheit bei Allerhöchsteselben beglaubigt wird.

Unmittelbar darauf empfingen Se. Majestät in einer Privat-Audienz den großherzoglich oldenburgischen Legations-Rath und Kammerherrn Baron von Bawell-Marcantonio, welcher die Ehre hatte, Allerhöchsteselben einen Schreiben Sr. Königl. Hoheit des Großherzogs von Oldenburg zu überreichen, wodurch er in der Eigenschaft eines Minister-Residenten am hiesigen Königl. Hof beglaubigt wird.

Se. Maj. der König haben allernächst geruht: Dem Gefreiten Ede vom 2. Leib-Husaren-Regiment Nr. 2 das Militär-Ehrenzeichen 2ter Klasse zu verleihen.

Berlin, 4. Febr. [Se. Majestät der König] wohnten gestern Abend dem Feste bei, welches im Palais Sr. Königl. Hoheit des Prinzen Karl zur Feier des Geburtstages der Frau Prinzessin Königlichen Hoheit stattfand.

Heute nahmen Allerhöchsteselben den Vortrag des General-Adjutanten, General-Lts. Freiherrn von Manteuffel entgegen, und empfingen den vom Urlaub zurückgekehrten Oberst-Lieutenant v. Begegk, aggregirt dem 1. Leib-Husaren-Regt.

Se. Majestät werden heute Abend das Ballfest bei dem englischen Botschafter besuchen.

[Ihre Majestät die Königin] besuchte gestern Früh Ihre königliche Hoheit die Prinzessin Karl, um ihr zu deren Geburtstag Glück zu wünschen. Das Familien-Diner fand bei den königlichen Majestäten im Palais statt.

[Se. Königliche Hoheit der Kronprinz] nahm gestern Vormittag die Meldung des Gen.-Majors von v. Böhn, Commandant der Festung Stettin, entgegen.

Um 1 $\frac{1}{2}$ Uhr begaben Sich Ihre Königl. Hoheiten der Kronprinz und die Frau Kronprinzessin zur Gratulation zu Ihrer Königl. Hoheit der Frau Prinzessin Karl und nahmen um 5 Uhr an dem Familien-Diner bei Ihren Majestäten Theil.

Abends 9 Uhr waren die höchsten Herrschaften zu Tableaux und Souper bei Ihren königlichen Hoheiten dem Prinzen und der Prinzessin Karl eingeladen. (St. A.)

[Militär-Wochenblatt.] Sembach, Sec.-Lt. vom 3. Oberschles. Inf.-Regt. Nr. 62, in das Rhein. Kür.-Regt. Nr. 8. Ablemann, Sec.-Lt. vom 2. Niederschles. Inf.-Regt. Nr. 47, von dem Commando zu Dienst bei der Unterr.-Schule in Potsdam entbunden. Wimmel, Intendantur-Assessor, dessen Versetzung zum 3. Armee-Corps unter dem 16. Dezember 1864 verfügt worden, verbleibt bis auf Weiteres noch bei der Intendantur des 6. Armee-Corps.

[Die Ablehnung der Decharge-Ertheilung seitens der Minorität der Staatschulden Commission] wird in den Abgeordnetenkreisen vielfach besprochen. Obgleich natürlich als Thatache schon längere Zeit bekannt, werden doch jetzt erst die Einzelheiten dieses wichtigen Vorganges mitgetheilt. Die liberale Correspondenz berichtet darüber wie folgt:

Die dissidenten Mitglieder waren die Herren Hagen und Michaelis. Dieselben hatten dem Präsidenten Grabow, der als Präsident Mitglied der Commission ist, von ihrer Auffassung vor der entscheidenden Verhandlung und Beschlussfassung Mitteilung gemacht und von demselben auch die Erklärung erhalten, daß er ihre Meinung ganz theile. Letzter verhinderte die schwere Krankheit, die Herrn Grabow im vorigen Sommer befel, denselben daran, der betreffenden Sitzung beizuwöhnen, und eine schriftliche Erklärung, die er eingefordert, konnte nicht als Votum mitgesetzt werden. Sie wurde übrigens den Beschlüssen nicht geändert haben, da der Präsident der Oberrechnenkammer bei Stimmengleichheit den Ausschlag gegeben hätte. Dieses Votum konnte nicht zweifelhaft sein, weil die Frage, um die es sich dabei handelte, eben die war, ob die Commission bei der Prüfung ebenso wie die Oberrechnenkammer bei ihren Prüfungen der Staatsrechnungen davon absehen sollte, daß ein Budgetgesetz diesen Prüfungen nicht zu Grunde liegt. Die Verfassungsbestimmungen sind in dieser Beziehung so bestimmt und formell bindend, daß die Herren Hagen, Grabow und Michaelis nicht davon absehen können zu können. Besonders schloß sich die Majorität der Praxis der Oberrechnenkammer an, die statt des in der Verfassung vorgesehenen, regelmäßig zu Stande gekommenen und vollzogenen Budgetgesetzes den ihr von dem Ministerium zugewiesenen Gesetzentwurf, der dem Landtag zur Vertheilung vorgelegt war, als Maßstab bei der Prüfung benutzte. Diese Praxis der Oberrechnenkammer ist übrigens auch schon in den Verhandlungen der Commissionen verschiedenartige zur Sprache gekommen, einmal ausführlich in einer Sitzung der vereinigten Commissionen für Handel, Gewerbe und für Finanzen und Zölle, als es sich um die Zinsgarantie für die Eisenbahnen handelte. Als einer der Herren Regierungskommissare die Bedenken gegen diese Praxis der Oberrechnenkammer mit der Bemerkung beseitigen wollte, daß die Oberrechnenkammer auch heute noch mit der bekannten Gewissenhaftigkeit und Zuverlässigkeit arbeitet wie früher, wurde von einem Mitgliede der Commission an den Herrn Regierungskommissar die Frage gerichtet, ob nicht etwa heute noch die Einrichtung bestehe, daß ein etwaiges Monitum der Oberrechnenkammer durch eine Königl. Cabinetsordre niedergeschlagen werden könnte. Wenn das noch jetzt stattfinden könnte, so habe das Abgeordnetenhaus nicht einmal die Gewissheit, daß es alle Monita erfahre, welche die Oberrechnenkammer, selbst noch bei ihrer gegenwärtigen Praxis gemacht habe. Der Regierungskommissar ertheilte eine Antwort auf die Frage nicht.

O. C. [Das Coalitionsrecht der Arbeit.] Heute berieh die Commission für Handel und Gewerbe den Schulze-Faucherschen Antrag, betreffend die Aufhebung der §§ 181 und 182 der Gewerbeordnung und das Coalitionsrecht der Arbeiter und Arbeitgeber. Abgeordneter Biegert war Referent. Auf seinen Vorschlag wurde der Antrag angenommen, jedoch ausgedehnt auf die §§ 183 und 184 der G.-Ordnung und auf die §§ 16—18 des Gesetzes vom Mai 1860, betreffend die Aufsicht der Bergbehörden über die Bergarbeiter. Dies letztere Gesetz beruht sich nämlich auf eine § der Gewerbe-Ordnung und die bezüglichen Stellen derselben müssen daher zugleich mit den §§ 181—184 aufgehoben werden. Der ursprüngliche Schulze-Fauchersche Antrag wurde mit 10 gegen 2, die Ausdehnung derselben auf die §§ 183 u. 184 mit 9 gegen 3, und die auf die §§ 16—18 des ursprünglichen Antrags erklärten sich, wie aus der Abstimmung zu erkennen ist, nur zwei Abgeordnete, die Herren Hammacher und Deutz und weniger aus principiellen als aus Opportunitäts-Rücksichten. Der ertere fürchtete nachtheilige Wirkungen auf die rheinischen Arbeiter-Berhältnisse. Der Kommissar der Regierung äußerte sich wohlwollend — ablehnend: die Regierung sei bereits der Frage näher getreten, jedoch noch nicht schlüssig geworden und wünsche zunächst die Ansichten des Abgeordnetenhauses kennen zu lernen. Diese vorsichtig ausweisende Erklärung wurde keineswegs befällig aufgenommen. Abg. Becker fand diese Unschlüssigkeit auffallend im Vergleich mit den sehr positiven, in Form und Inhalt übereinstimmenden Anträgen, denen man in den Organen der äußersten Rechten und der äußersten Verteilung begegnet.

Aus derselben Sitzung theilt die „L. C.“ noch mit: Gegen den Antrag des Abg. Schulze resp. des Referenten sprach sich der Abg. Hammacher aus, der im Prinzip einverstanden ist, den gegenwärtigen Zeitpunkt aber für höchst ungeeignet erachtet, demselben Rechnung zu tragen. Nach seiner reichen praktischen Erfahrung seien die Bildungsverhältnisse der jüngigen Arbeiter in seinem, wie in vielen anderen Landesteilen, namentlich am Niederrhein und in Westfalen, noch nicht so weit, um die Arbeiter so, wie

vorgeschlagen, zu befreien. Eine Aufhebung der bestehenden Coalitionsverbote würde jetzt noch im Lande, wenn nicht in Berlin, provokatorisch wirken und die Laßalle'schen Agitationen unterstützen; nur eine allgemeine Totalreform der Gewerbeordnung, nicht aber eine sporadische, sei der richtige Weg. Diesen Argumenten wurde entgegengesetzt, daß gerade die Freiheit der Coalition vorher und zeitig das Entstehen tumultuarischer, leidenschaftlicher Bewegungen verhindere; daß Exesse nie unterbleiben würden und die Bildung gewiß in 50 Jahren noch nicht so allgemein geworden, um Garantie gegen jeden Missbrauch zu schaffen. Dies aber darf kein Grund gegen die Begründung der Freiheit sein; die Vorbüfe frei sein, dann würde es auch besser werden. Gerade das Coalitionsrecht befürte alle communisticchen Tendenzen; es führe zu Diskussionen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern und in der Regel zum klaren Verständnis der gegenteiligen Interessen und der Ausgleichungswege. Das Streben der Arbeiter nach freier Coalition existiere, es sei berechtigt, und ein Widerstand gegen dieses Streben sei gefährlicher, als der angeblich niedere Bildungsstand, der überdies bei freiem Coalitionsrecht am raschesten befürchtet werden würde. Der Einwand des sporadischen Vorgehens gehe zu weit, denn er könnte gegen jede Reform gemacht werden. Die Bezeichnung „provokatorisch“ schließe auch über das Ziel hinaus, denn die Provocation sei schon längst von anderen Seiten durch hauptsächlich aus politischen Zwecken. Diese schon vorhandene Provocation würde man gerade befürworten, wenn man jetzt die Ausführung des Schulze'schen Antrages auf spätere Zeiten verschiebe. Auf die Frage des Referenten an die Vertreter der Staats-Regierung: ob der Art. 30 der Verfassung den § 183 der Gewerbe-Ordnung aufgehoben habe, wurde dies sei eine Doctorfrage, die Entscheidung sei Sache der Gerichte in betreffenden Specialfällen; auf die fernere Frage: welche Stellung die Staats-Regierung zu dem Antrag Schulze genommen habe? wurde entgegnet: die Regierung sei mit ihren Beratungen noch nicht zu Ende, daher auch noch nicht zu einem definitiven Besluß über ihre Stellung zu dem Antrage gekommen. — Vor dem Schluß der Diskussion theilte der Referent noch mit, daß das sehr ausbreitende Strafbestimmungen gegen den Missbrauch des Coalitionsrechtes in den §§ 90, 91, 98, 212, 214, 234, 281, 340 und 346 des Strafrechts liegen. Bei der Abstimmung erklärten sich für die Aufhebung der §§ 181, 182 und 183 in der Commission zehn Stimmen gegen zwei, für die Aufhebung des § 184 acht gegen vier, und für die Aufhebung der §§ 16—18 des Gesetzes vom 21. Mai 1860 zehn gegen zwei Stimmen. Der Antrag des Referenten wurde mit neun gegen zwei Stimmen angenommen.

[Die Extra-Flaggengelder.] Der zweite Gegenstand der Berathung der Commission für Handel und Gewerbe war die von der Regierung beauftragte Genehmigung der provvisorischen Verordnung vom 25. April 1864, betreffend die zeitweise Aufhebung der Extra-Flaggengelder für ausländische Schiffe. Diese Verordnung hatte den Zweck, während der Dauer des Krieges den Eintritt neutraler Schiffe in preuß. Häfen zu erleichtern und zu fördern, ein Zweck, der auch vollkommen erreicht worden ist, namentlich wurde durch die Verordnung der Befreiung aller Häfen für die französische Flagge erleichtert. Die Regierung wurde durch die Commissare Geh. Rath Moeller und Burghardt vertreten. Berichterstatter Michaelis beantragte die Verordnung zu genehmigen, der Vorsitzende der Commission, Abg. v. Rönne beantragte, das Haus möge beschließen, 1) daß die Verordnung vom 25. April 1864 bestehen bleibe, und 2) daß die Cabinets-Ordnung vom 20. Juni 1822 aufgehoben werde. Die Vertreter der Regierung theilten mit, daß zur Zeit nur Spanien extraordinaire Flaggengelder zahle, daß es aber nicht unmöglich sei, bei Ablauf von Schiffahrtsverträgen, um bessere Bedingungen zu erhalten, sie zeitweise wieder einzuführen. Sie sprachen sich gegen den Antrag v. Rönne's aus, weil die Motive, welche die Cabinets-Ordnung vom 20. Juni 1822 zu Grunde liegen, teilweise noch fortbestehen, und weil auch formelle Bedenken gegen die Aufhebung vorwalten. Der Rönne'sche Antrag wird auch von den Abg. Michaelis und Röppel aus formellen und sachlichen Gründen bestimmt, in Folge dessen zurückgenommen und an seine Stelle der Antrag gestellt, in einer Resolution auszusprechen, daß die Königl. Regierung die definitive Aufhebung der außerordentlichen Flaggengelder in Erwägung nehmen möge. Dem wird von keiner Seite widergesprochen, die Vertreter der Regierung nehmen die Resolution ad referendum. Der Antrag des Referenten auf Genehmigung der Verordnung vom 25. April 1864 wird einstimmig angenommen, dagegen die Resolution des Abg. v. Rönne. Die Commission beschließt im Interesse der Befreiung der Verhandlungen des Hauses in minderliche Brüderstattung durch den Abg. Michaelis, die in den nächsten Plenarsitzung am Mittwoch den 8. Februar erfolgen soll.

[In der heutigen Sitzung der Gemeinde-Commission] wurde der sehr umfangreiche Bericht des Ref. Runge über die Petitionen der städtischen Vertreter Breslaus und Bromberg's, betreffend das Petitionsrecht der Stadtverordneten und das Recht der Regierung zu Strafverschärfungen verlesen. Die Erklärungen des Regierungskommissars Geh. Rath Ribbeck nehmen allein 15 Folioseiten ein. Der Bericht wird heute gedruckt. — In der Sitzung der Commission am nächsten Dienstag kommt der Bericht über die Königberger Petition, den Stadtrath Weller betreffend, zur Verlehung, und außerdem die Petition, betreffend den Eintritt von Rechtsanwälten in die Stadtverordneten-Versammlung zur Verlehung. Der Letztere liegt die Haftakte zu Grunde, daß in Königsberg i. Pr. den Rechtsanwälten Jacob, Stellert und Lamau dies Recht von der vorgesetzten Behörde beitrifft.

L. C. [Zur Aufhebung der Buchergesetze.] Die Justiz-Commission des Abg.-Hauses hielt heute gleichzeitig eine Sitzung, in welcher zunächst die Petitionen über Aufhebung der Buchergesetze weiter bearbeitet wurden. Die Regierung war vertreten durch die Geh. Räthe Wallny, Schumann und Herzbrück für das Justizministerium und Noah für das landwirtschaftl. Ministerium. Als Referent fungirte der Abg. Meibauer. Aus den Erklärungen der Regierungskommissare ging hervor, daß die Regierung materiell über die Frage nicht schlägt sei, den Standpunkt also von 1862 verlassen habe. Die Regierung erklärte sich indessen bereit, weitere Erhebungen über die Frage durch die landwirtschaftlichen Vereine einzutragen. Der Antrag des Referenten, seitens des Abg.-Hauses die Initiative mit legislatorischem Vorgehen zu ergreifen, wurde abgelehnt, dagegen der Antrag: die Petitionen der Königl. Staatsregierung zur Verstärkung zu überweisen, angenommen.

[Ersatzwahl.] Wie wir hören, soll im Wahlkreis Eylau-Heiligenbeil, in welchem nach der Annulierung der Wahl des Herrn von Tettau die Ersatzwahl bereits anberaumt ist, der Stadtrath Weller in Königsberg als Candidat aufgestellt werden.

[Die Unwirksamkeit für die Arbeiten der Kron-Syndicis.]

das heißt wohl die Formulirung der Fragen, welche denselben vorgelegt

sind, soll, wie die „L. C.“ hört, im auswärtigen Ministerium aufgezeigt

sein. Es heißt, mit der Auffassung der Fragen sei ein bekannter

Rechtsanwalt in dieser Angelegenheit voraussichtlich noch mehrfach nothwendigen Verhandlungen mit der Bankverwaltung zu befolgen.

[Confiscation.] Zm Auftrage der Staatsanwaltschaft sind die bei

dem Buchhändler Mecklenburg in der Krausenstraße erschienenen „Memoiren der Lang-Marie, der berliner Rigolboche“ von der Polizei mit Beslag belegt worden.

Posen, 2. Febr. [Dr. Richter. — Coadjutor.] Wie ich in unterrichteten polnischen Kreisen höre, ist der Herr Coadjutor v. Przyłuski vom

Papste aufgefordert worden, sich darüber zu rechtfertigen, warum er dem

schon seit drei Jahren zum Dompropst am hiesigen Dom ernannten Canoni-

nus Dr. Richter noch immer nicht die canonische Institution erhält hat.

Herr Richter, früher Director des Gymnasiums in Culm und unbestritten

das gelehrteste Mitglied des hiesigen Domkapitels, ist ein Deutscher und

seine seitens des Staates erfolgte Ernennung zu der genannten Prä-

latur wurde seiner Zeit von den Organen der polnischen National-

partei aus patriotischen Gründen aufs heftigste bekämpft. Man hat

daher gerechten Grund, die Verweigerung der canonischen Institu-

tion für Herrn Richter seitens des Herrn Coadjutors nur aus einer

zu großen Nachgiebigkeit gegen die polnische Nationalpartei zu er-

klären, und dies um so mehr, als Herr Richter als Geistlicher ein muster-

haftes Leben führt und ihm kein anderer Vorwurf gemacht werden kann,

als daß er ein Deutscher ist. Auch geht in polnischen Kreisen das Gericht, daß

der Papst damit umgehe, dem Herrn Coadjutor v. Przyłuski wegen seines

hohen Alters, das ihn nothwendig die zur Verwaltung seines schweren Am-

tes erforderliche Körper- und Geistesfrische raubt, einen Coadjutor zu sehen.

So wahrscheinlich das Gericht erscheint, so bin ich doch nicht im Stande, die

Wahrheit desselben zu verbürgen. (Br. B.)

[Vicepräsident Simson und die Gehaltszulage.] Wie

man hört, soll die Ablehnung einer bewilligten Gehaltszulage seitens des Vicepräsidenten des Appellationsgerichts zu Frankfurt a. O., Abge-

ordneter Simson, welche die „Kreuzzeitung“ aus Rücksicht auf den

budgetlosen Zustand herleitete, und daher allen liberalen Beamten

als nachahmungswertes Beispiel vor Augen rückte, zwar eine That-

sache sein, dieselbe wird aber in folgender Weise erklärt: Zu Anfang

des vorigen Jahres sei den sämtlichen Vorsitzenden der Obergerichte eine

Gehaltszulage bewilligt, mit Ausnahme Simson's und v. Kirch-

mann's. Jetzt aber sei dem Ersteren die Gehaltszulage nicht allein bewilligt, sondern auch die Nachzahlung derselben für das Jahr 1864 decrettirt worden. Da soll denn Herr Simson für jede Zulage sich bedankt, die Annahme einer solchen allgemein refusirt haben.

[Zur Veröffentlichung des preußisch-österreichischen Depeschenwechsels.] Wie dem „Pester Lloyd“ geschrieben wird, soll die gegen die Redaktion der „Presse“ eingeleitete Untersuchung ergeben haben, daß die von diesem Blatte gebrachten Angaben über den Inhalt der Depeschen des Hrn. von Bismarck und des Grafen Mensdorff ihm von Männern aus zur Veröffentlichung zugeschickt worden sind; das österreichische Cabinet habe dem bayerischen von jenem Depeschenwechsel Mitteilung gemacht gehabt, um seine bundesfreundliche Gesinnung dadurch zu illustrieren. — Im Widerspruch mit dieser Angabe wird der „Deutsche Allgemeine Zeitung“ aus Paris geschrieben: Die wiener „Presse“ hat ihre Mittheilungen weder aus Wien, noch,

